



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
DONNERSTAG, 4. DEZEMBER 2003
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vize-Präsident und ich möchten Sie über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Nach einer umfassenden Analyse der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung sind wir zu dem Ergebnis gelangt, dass der geldpolitische Kurs auch weiter angemessen ist, um die Preisstabilität auf mittlere Sicht zu gewährleisten; demzufolge haben wir beschlossen, die **Leitzinsen der Europäischen Zentralbank** unverändert auf ihrem derzeitigen niedrigen Stand zu belassen. Die jährlichen Inflationsraten dürften sich den kommenden Monaten um 2% herum bewegen, anschließend jedoch langsam und allmählich sinken. Darüber hinaus haben wir festgestellt, dass die konjunkturelle Erholung im Euro-Währungsgebiet eingesetzt und das Vertrauen weiter zugenommen hat. Wir werden auch zukünftig alle Entwicklungen, die unsere mittelfristige Einschätzung der Risiken für die Preisstabilität beeinflussen könnten, sorgsam beobachten.

Wir haben ferner über die möglichen Auswirkungen der sehr bedauerlichen Entwicklungen auf der Sitzung des Ecofin-Rats am 25. November beraten. Wie wir bereits in unserer Pressemitteilung am selben Tag betont haben, könnte dadurch die Glaubwürdigkeit des institutionellen Rahmens und das Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten im gesamten Euroraum untergraben werden. Ich möchte dem hinzufügen, dass ein glaubwürdiges finanzpolitisches Regelwerk nicht nur für die Stabilität sondern auch für das Wachstum von

entscheidender Bedeutung ist, und es darüber hinaus die Voraussetzung für auch in Zukunft niedrige Risikoprämien an den Finanzmärkten ist.

Lassen Sie mich nun unsere Einschätzung näher erläutern.

Im Rahmen unserer **wirtschaftlichen Analyse** haben die jüngsten Datenveröffentlichungen die konjunkturelle Belegung im Euro-Währungsgebiet bestätigt. Das reale BIP-Wachstum im dritten Quartal spiegelt die hohe Dynamik der Weltwirtschaft wider, die sich unserer Ansicht nach im nächsten Jahr fortsetzen wird.

Wir gehen davon aus, dass die inländische Nachfrage steigen wird. Der private Verbrauch dürfte von den positiven Terms-of-Trade-Effekten aus der vergangenen Euro-Aufwertung gestützt werden und – mit der üblichen zeitlichen Verzögerung – auch von einer Zunahme des Beschäftigungswachstums profitieren. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird sich den Erwartungen zufolge vor allem aufgrund einer steigenden Auslandsnachfrage, der niedrigen Zinssätze und allgemein günstiger Finanzierungsbedingungen allmählich erholen. Darüber hinaus dürften den Unternehmensinvestitionen auch in zunehmendem Maße die Anpassungsbemühungen des Unternehmenssektors zur Steigerung der Produktivität und Rentabilität zugute kommen.

Insgesamt betrachtet rechnen wir für die kommenden Quartale mit einer allmählichen Belegung des Wirtschaftswachstums im Euro-Währungsgebiet, die im kommenden Jahr und im Jahr darauf an Breite und Stärke gewinnen wird. Die Risiken, mit denen dieses Szenario behaftet ist, scheinen sich die Waage zu halten. Längerfristig gesehen sind wir jedoch nach wie vor besorgt, dass die Nachhaltigkeit des weltweiten Wirtschaftswachstums durch außenwirtschaftliche Ungleichgewichte in einigen Regionen der Welt gefährdet werden könnte.

Die aktuellen Informationen zur Preisentwicklung entsprechen den Erwartungen. Der Vorausschätzung von Eurostat zufolge lag die am HVPI gemessene Jahresinflationsrate im November bei 2,2 %, verglichen mit einer Rate von 2,0 % im Oktober. Im laufenden Jahr wurden meist ähnliche Teuerungsraten verzeichnet, und auch in den kommenden Monaten dürften die Preissteigerungsraten auf dem Niveau von etwa 2 % verharren. Aufgrund ungünstiger Entwicklungen bei den Nahrungsmittelpreisen, der Entwicklung der Ölpreise und geplanter Erhöhungen der indirekten Steuern und administrierten Preise werden sich die Inflationsraten nicht ganz so rasch und deutlich zurückbilden wie noch vor einigen Monaten angenommen wurde.

Was die Beurteilung der mittelfristigen Preisentwicklung betrifft, so sollten jedoch eine Reihe von Faktoren den Inflationsdruck eindämmen. Zum einen dürften die Importpreise angesichts der

vorangegangenen Aufwertung des Euro-Wechselkurses zu diesem dämpfenden Effekt beitragen. Zum anderen dürfte der inländische Kostendruck weiterhin gemäßigt bleiben. Insbesondere sollen im Zusammenhang mit einer nach derzeitigen Erwartungen weiterhin allmählichen Erholung die Lohnzuwächse moderat ausfallen. Bei einer fortgesetzt moderaten Lohnentwicklung, die für die Förderung der Beschäftigung unabdingbar ist, wirkt sich ein konjunktureller Produktivitätsanstieg meist dämpfend auf das Wachstum der Lohnstückkosten aus, das bisher vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur relativ hoch war.

Insgesamt spiegeln sich diese Ansichten auch in den kürzlich veröffentlichten Prognosen wider; sie scheinen auch in Einklang mit Umfrageergebnissen und den Erwartungen an den Finanzmärkten zu stehen. Daher besteht ein relativ breiter Konsens bezüglich des Hauptszenarios. Gleichzeitig hängen die Aussichten für die Preisstabilität von einer ganzen Reihe von Annahmen ab, etwa jener über die weltweite Entwicklung, die Ölpreise, die Wechselkurse, die Lohnentwicklung und die fiskalpolitischen Maßnahmen. Potenzielle Risiken für die Preisstabilität müssen daher im Auge behalten werden. In diesem Zusammenhang haben wir festgestellt, dass Finanzmarktindikatoren für die Inflationserwartung in den letzten Monaten tendenziell etwas gestiegen sind. Wenngleich technische Faktoren dabei eine Rolle gespielt haben könnten und andere Indikatoren weitgehend unverändert geblieben sind, müssen die Inflationserwartungen genau beobachtet werden.

Die **monetäre Analyse** zeigt, dass das M3-Wachstum in den letzten beiden Jahren aufgrund von Portfolioumschichtungen, verstärktem Vorsichtssparen und niedrigen Zinsen äußerst kräftig war. Das geringe Zinsniveau hat auch zur gestiegenen Kreditnachfrage beigetragen. Wir sehen in dem Aufbau von Überschussliquidität derzeit keine Gefahr für die Preisstabilität, da sich die Wirtschaft vorerst nur langsam erholen wird. Sollte der große Liquiditätsüberschuss jedoch auch bei einem kräftigen Konjunkturaufschwung bestehen bleiben, könnte er auf mittlere Sicht zu Inflationsdruck führen. Wir werden die monetäre Entwicklung daher nach wie vor sorgsam verfolgen.

Zusammenfassend ergibt sich aus der wirtschaftlichen Analyse, dass die Grundannahme für die mittelfristige Preisentwicklung weiterhin mit unserer Definition der Preisstabilität in Einklang steht. Dieser Eindruck wird durch die **Gegenprüfung** anhand der monetären Analyse bestätigt.

Mit Blick auf die **finanzpolitischen Entwicklungen** habe ich bereits erwähnt, dass wir nach der Ecofin-Ratssitzung am 25. November unser tiefes Bedauern zum Ausdruck gebracht haben. Des Weiteren haben wir betont, dass wir den Standpunkt der Kommission zu den Schlussfolgerungen des Ecofin-Rats unterstützen. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass sich Frankreich und Deutschland verpflichtet haben, ihre übermäßigen Defizite so schnell wie möglich, spätestens aber

bis zum Jahr 2005 zu korrigieren. Außerdem haben wir zur Kenntnis genommen, dass der Ecofin-Rat bereit ist, eine Entscheidung im Rahmen des Artikels 104 (9) auf Empfehlung der Kommission zu treffen, falls die beiden Regierungen ihren Selbstverpflichtungen nicht nachkommen. Wir fordern die betreffenden Regierungen dringend auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Das Vertrauen in die Solidität der öffentlichen Finanzen ist für ein nachhaltiges Wachstum von Konsum und Investitionen von entscheidender Bedeutung.

Der gesamte finanzpolitische Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts bleibt von zentraler Bedeutung und sollte in allen Punkten respektiert werden. Das Gleiche gilt für die in Artikel 104 des EU-Vertrages niedergelegte Verpflichtung, übermäßige Defizite zu vermeiden, und für die Referenzwerte von 3 % für die Defizit- und von 60 % für die Schuldenquote, die im Anhang zum EU-Vertrag im Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit festgelegt sind. Auf diese gründet sich das Vertrauen in die WWU.

Vertrauen und Zuversicht sind auch für **strukturelle Reformen** entscheidend. Eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit des Euro-Währungsgebiets, insbesondere an den Arbeits- und Gütermärkten, eine größere Effizienz der Steuersysteme und die Gewährleistung der Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme tragen zu einer besseren Allokation und Nutzung von Kapital und Arbeit bei. Maßnahmen in diesen Bereichen verbessern zweifellos die Wachstumsaussichten des Eurogebiets. Um allerdings auf kürzere Sicht das Vertrauen zu stärken, müssen überzeugende Zusicherungen gegeben werden, dass diese Herausforderungen entschlossen angegangen und klare Maßnahmen getroffen werden. Zwar wurden bereits gewisse Fortschritte erzielt, doch fordert der EZB-Rat die Regierungen nachdrücklich auf, die Umsetzung struktureller Reformen zu beschleunigen, und ruft auch die Sozialpartner auf, sich uneingeschränkt für das Ziel einzusetzen, das Euro-Währungsgebiet zu einer dynamischeren und innovativeren Volkswirtschaft zu machen.

Wir sind nun gern bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.